

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberöchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß, Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 79

Sonntag, den 3. Juli 1932

81. Jahrgang

Deutschlands Nein!

4 Milliarden Restreparationen — Das Reichskabinett vor der Entscheidung Ablehnung der Alliiertenvorschläge sicher

Lausanne. Zu dem gemeinsamen Vorschlag der Gläubigermächte, der bisher nur in inoffizieller Weise der deutschen Abordnung bekannt geworden ist, und der am Sonnabend offiziell in der Bürositzung den Vertretern Deutschlands übermittelt werden soll, wird von den amtlichen deutschen Stellen keine Stellung genommen. Jedoch kann vom allgemeinen deutschen Standpunkt darauf hingewiesen werden, daß dieser Vorschlag kaum als eine annehmbare Verhandlungsgrundlage angesehen werden kann, da nach dem Vorschlag der Gläubigermächte der gegenwärtig bestehende Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit fortgesetzt bleiben würde. Generer würde durch den Gläubigervorschlag eine unmittelbare Verbindung zwischen der Regierung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden hergestellt werden, die für Deutschland nicht besteht und nicht anerkannt werden kann. Durch diesen Vorschlag würde auch nicht das von der deutschen Regierung angestrebte Ziel erreicht werden, daß nunmehr eine sofortige endgültige Vereinigung der gesamten Frage eintritt.

In dem Vorschlag fehlt außerdem die Streichung des Kapitels 8 des Versailler Vertrages, mit den Bestimmungen über die Kriegsschuldlüge und der Reparationen.

Der Gläubigerplan wird der deutschen Abordnung Sonnabend überreicht werden, worauf am Sonntag in einer süddeutschen Stadt eine Kabinettsitzung über Annahme oder Ablehnung entschieden wird. Diese Sitzung soll in Freiburg i. Br. stattfinden.

Lausanne. Der von den Gläubigermächten gemeinsam ausgearbeitete Plan zur Schlußlösung der Reparationsfrage sieht die Einzahlung von Reichsbahnbonds durch Deutschland bei der WZ vor, die im Falle der Nichteinigung in der Schuldenfrage mit Amerika zu 1/2 Amerika angeboten, und zum nächsten Viertel in die europäische Wiederaufbaukasse eingezahlt werden sollen. Die Höhe der Summe ist noch nicht bekannt, wird wahrscheinlich aber 4 Milliarden betragen.

Parlamentarische Beratungen in Warschau

Für die Liquidierung des Sanacjashystems

Warschau. Wenn nicht zufällig durch irgendwelche Demonstrationen oder Zwischenfällen zwischen Polizei und Bevölkerung, die Aufmerksamkeit auf unser heutiges Elend in Polen gelenkt wird, so erweckt es fast den Anschein, als wenn wir das „schicksalste Volk“ wären. Von den Oppositionsparteien hört man nur um den Monatsersten herum, wenn sich die Abgeordneten in Warschau im Sejm versammeln. Sonst herrscht politische Grabesstille. Und bemerkenswert ist es dann bei den parlamentarischen Zusammenkünften, daß die alten politischen Klapper herausgeholt werden, die schon Worte nichts als ebenbleiben bleiben, wie sie die Sanacjia bei jeder Gelegenheit auch wiederholt. Die Christlichen Demokraten verhalten sich in nationalistischen Zwischenrufen, daß Polen von allen Seiten gefährdet ist und fordern zur Aktivität auf, entschiedener Kampf zur Liquidierung des Systems.

Die Volkspartei Witos, die vereinigten Bauern, beklagen über das Vorgehen der Behörden gegen die Bevölkerung, lassen Resolutionen gegen das System und protestieren gegen die Konfiskationen, haben aber wenigstens eine Idee, indem sie die Niederlegung der Mandate im Sejm und Senat propagieren, um so zum Ausdruck zu bringen, daß sie die heutige Regierung Polens mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Auch der parlamentarische Klub der polnisch-sozialistischen Partei nahm zur politischen und wirtschaftlichen Situation Stellung und kündigt entschiedenen Kampf gegen den heute in Polen herrschenden Kurs an. In einer Resolution wird zusammenfassend gesagt, daß die Fraktion während der letzten Session ihre Pflicht getan habe, daß es jetzt Aufgabe der Funktionäre und Parteimitglieder ist, die Aktion zur Mobilisierung der Massen fortzusetzen, damit im entscheidenden Moment der Kampf erfolgreich durchgeführt werden kann.

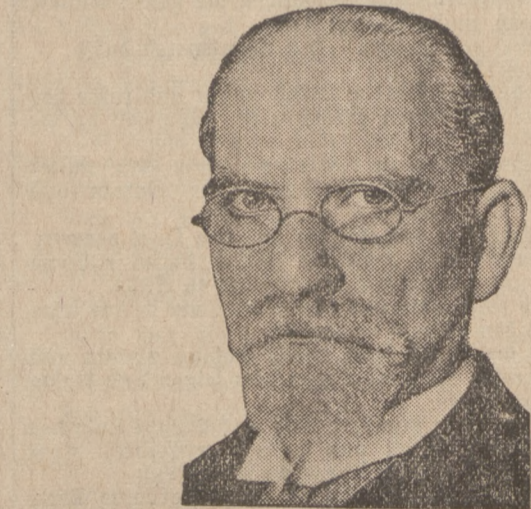
Der gute Wille gegen das System ist also in allen Richtungen vorhanden. Aber zersplittert, werden wohl kaum irgendwelche Resultate gegen das System zu verzeichnen sein.

Danzig fordert Abänderung des Warschauer Wirtschaftsabkommens

Danzig. Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat dem Danziger Völkerbundskommissar Grafen Gravena drei Anträge auf Abänderung des zwischen Danzig und Polen im Oktober 1921 abgeschlossenen Warschauer Abkommens über Wirtschaftsfragen übermittle. Die Danziger Abänderungsanträge betreffen die bisherigen Teile 3, 6 und 7, die sich mit Post- und Zollangelegenheiten sowie mit der wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhr beschäftigen.

Bekanntlich hat die polnische Regierung ihrerseits bereits Anträge auf Abänderung der Teile 6 und 7 (Zoll und wirtschaftliche Ein- und Ausfuhr) vor einiger Zeit gestellt. Nach Ansicht der Danziger Regierung müssen die polnischen Anträge, abgesehen von sachlichen Gründen, schon deshalb abgelehnt werden, weil sie eine Abänderung des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 zur Voraussetzung haben würden, der ohne Zustimmung beider vertragschließender Teile nicht abänderbar ist.

Die nunmehr von Danzig eingereichten Abänderungsanträge halten sich im Rahmen der Pariser Konvention und erstreben im wesentlichen nicht neue Rechte, sondern Garantien für seine alten Rechte aus dem bisherigen Vertrage.



Frankreichs Wissenschaft ehrt einen deutschen Gelehrten

Der Freiburger Professor Edmund Husserl, der Begründer der Phänomenologie, die zur wichtigsten Strömung der heutigen Philosophie geworden ist, wurde von der Pariser Akademie für moralische und politische Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied gewählt. Husserl ist der erste Deutsche, dem seit dem Kriege diese Ehre zuteil geworden ist.

Was die Woche brachte

Das Ermächtigungsgesetz, mit dem die Regierung anfangs vorsichtig umging, soll nun dem Ansehen nach stärker in Verwendung kommen. Das neue Strafgesetz ist bereits eine beschlossene Sache, und die neue Gerichtsverfassung sowohl, als auch die mit ihr eng zusammenhängende Verwaltungsverfassung sind zu erwarten. Alle diese Reformen werden durch Dekrete Rechtskraft erlangen, da die Regierung von dem Gesichtspunkte ausgeht, daß ihre Behandlung in den gesetzgebenden Körperschaften sich zu sehr in die Länge ziehen würde. Es ist dagegen um so weniger einzumenden, als die Regierung im Sejm die Mehrheit hat und ihren Willen auf alle Fälle durchsetzen kann. Die Mitwirkung des Parlaments ist daher ziemlich bedeutungslos, der Weg des Dekrets der eigentlich gegebene. Die Stimme der Opposition wird sowieso nicht gehört.

Die Arbeit an den Dekreten vollzieht sich in der Stille, so daß die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nur gelegentlich der spärlich darüber erscheinenden Nachrichten auf sie gelenkt wird. Das öffentliche Interesse gilt vielmehr den Vorgängen, die sich außerhalb unserer Grenzen vollziehen. Da ist zuerst einmal der deutsche Flottenbesuch in Danzig zu nennen, der am Montag sein Ende fand. Der Sonntag war noch Festlichkeiten gewidmet, vor allem der 500-Jahrfeier des St. Jakobshospitals, die nachmittags im Rathaus stattfand. Die Rede, die dabei der Direktor des Danziger Museums, Feiser, hielt, der das Eintritte mit dem Fest verglich, ist bei uns übel vermerkt worden, weil der Vergleich zugunsten der Vergangenheit ausfiel. Am Abend fand in der Sporthalle ein Ball zu Ehren der Gäste statt.

Dieser Besuch dürfte noch ein Nachspiel vor den internationalen Instanzen in Genf haben, da die freie Stadt eine Beschwerde gegen Polen wegen Unkorrektheit eingereicht haben soll. Es handelt sich um den Schritt Polens in Berlin, der die Verhinderung des Besuchs durch den Hinweis auf die Stimmung in Danzig begründete. Nach der Auffassung in einem Artikel des Berliner „Deutschen Volksrechts“ hatte Polen kein Recht, im Namen Danzigs aufzutreten, da es nicht der Vormund, sondern nur der Briefträger der Freien Stadt sei.

Bezeichnend für das getrübbte Verhältnis ist auch der Wunsch nach einer Abänderung des Danzig-polnischen Abkommens von 1921, wie er vom Senat dem Generalkommissar Dr. Pappée übermittle wurde. Es dürfte sich hier um um eine Art Antwort auf den polnischen Antrag handeln, der die Aufhebung der Zweierleiheit im Zolldienst und die Unterordnung dieses Dienstes unter die poln. Zollbehörden verlangt.

Eine leichte Verstimmung herrscht auch bei den rumänischen Freunden wegen der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages mit Rußland. Diese Angelegenheit erscheint geradezu jeden Tag in einem anderen Licht. Hier es anfangs, unsere Regierung habe in Bukarest den Wunsch nach einem raschen Abschluß des rumänisch-russischen Vertrages geäußert, da sie sonst gezwungen wäre, den Vertrag allein zu unterschreiben, so wissen die letzten Meldungen zu berichten, daß Warschau noch warten werde, und daß die Unterzeichnung ohne den rumänischen Vertrag nicht in Frage komme. Zwischendurch kamen die Nachrichten, daß unsere Regierung nach einer Formel für die besiarabische Frage, die das Haupthindernis ist, suchen werde und dann, daß sie diese Formel bereits gefunden habe. Der genaue Sachverhalt ist natürlich nicht bekannt, doch scheint es ausgemacht zu sein, daß von Warschau aus ein Druck auf die rumänische Regierung ausgeübt wird, um ihre Verhandlungen mit den Sowjets zu beschleunigen. Hier ist der Wunsch maßgebend, das Mißtrauen der Russen gegen die politische Richtung Berlins rechtzeitig auszunutzen. Ob der Schlag gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Das Hauptinteresse der Welt wendet sich natürlich Lausanne zu. Dort tagt die Tributkonferenz, die jeden Augenblick in Gefahr ist, abgebrochen zu werden. Die Konferenz hat im Verlauf ihrer Dauer bereits mehrere Entwicklungsphasen durchgemacht. Sie begann mit allgemeinen offenen Sitzungen, doch wurde auch in nicht öffentlicher Form und auch gewissermaßen unter vier Augen, d. h. zwischen Frankreich und Deutschland allein, beraten. Kein Mittel konnte verfangen. Auf die Streichung der Tribute ließ man sich nicht ein und anderen Vorschlägen gegenüber beharrte Deutschland auf seinem Nein. Lediglich unter einer Bedingung war Deutschland bisher zu weiteren Zahlungen bereit, aber nicht in der Form von Reparationen, sondern als Beitrag in den allgemeinen Fonds, den sogenannten „Fond commun“, zu dem jeder Staat seinen Beitrag leisten sollte und der dann zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Staaten, also zum Aufbau Europas hätte dienen müssen. Die Bedingung, die das Reich stellte, war die Aufhebung der Tribute, die Gleichberechtigung bezüglich der Rüstungen und die Annullierung der Kriegsschuldfrage, mit einem Wort eine Teilkrevision des Versailler Vertrags. Frankreich dagegen beharrt auf einer Verbindungsform für die Reparationen. Der einzige greifbare Vorteil, den die Konferenz bis jetzt gebracht hat, ist die Verlängerung des Moratoriums bis zum Herbst, doch werden auch hier von manchen Kreisen Deutschlands Zweifel erhoben, ob es sich wirklich um

Milliarden-Defizit in Frankreich

Paris. Im Finanzausschuß gab Haushaltsminister Pailles einen Ueberblick über die französische Haushaltslage, die er als eine andere als gesund ist. Der Minister wies auf die böse Seite hin, die ihm die vorausgegangenen Minister Laroche und Laval hinterlassen haben. Der Haushalt des Jahres 1930-31 habe schon einen Fehlbetrag von 2642 Millionen Franken aufgewiesen, und im Steuerjahr 1931-32 sei ein Defizit von 4748 Millionen Franken entstanden. Es müssen infolgedessen mehr als 7 Milliarden gedeckt werden, ganz abgesehen von den trüben Aussichten der unmittelbaren und ferneren Zukunft. Der Haushalt 1933 läßt noch mit viel ungünstigeren Verhältnissen rechnen, mit noch schwächeren Einnahmen bei steigenden Ausgaben. Die Regierung soll aber dafür sorgen, daß das Schachamt nicht weiter für Haushaltszwecke in Anspruch genommen wird, ganz abgesehen davon, daß aus dem Staatskassen nicht mehr viel zu holen ist. Die in den Jahren 1927-29 eingehenden Summen des Schachamtes, die sich auf über 20 Milliarden Franken belaufen haben, sind in der Zwischenzeit fast vollständig zusammengeschnitten.

